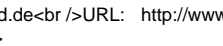




Energiewende global: Trend zu erneuerbaren Energien setzt sich fort

Energiewende global: Trend zu erneuerbaren Energien setzt sich fort
Erneuerbare Energien decken weltweit fast ein Fünftel des Endenergiebedarfs
Der weltweite massive Ausbau erneuerbarer Energien hält weiterhin an: Im Jahr 2012 stellten erneuerbare Energien bereits rund 19 Prozent des weltweiten Endenergieverbrauchs bereit. Rund 244 Milliarden US-Dollar wurden in erneuerbare Energien investiert, knapp die Hälfte davon in Entwicklungs- und Schwellenländern. Diese Zahlen gehen aus dem "Globalen Statusbericht zu erneuerbaren Energien 2013" sowie dem Bericht "Globale Trends in erneuerbare Energieinvestitionen" hervor, die heute in Paris beziehungsweise Frankfurt/M. veröffentlicht wurden.
Demnach war 2012 ein Rekordjahr in Bezug auf die Neuinstallationen erneuerbarer Stromerzeugungskapazitäten. Weltweit wurden 115 Gigawatt hinzugebaut, dies entsprach mehr als der Hälfte der gesamten neu installierten Stromerzeugungskapazitäten. In den letzten zwei Jahren stieg weltweit insbesondere der Anteil an installierter Photovoltaik.
Besonders deutlich stiegen die Investitionen in Entwicklungsländern: Sie erreichten 112 Milliarden US-Dollar gegenüber 132 Milliarden Dollar, die in Industriestaaten investiert wurden.
Die Zahlen belegen, dass wir mit der Energiewende nicht allein sind. In vielen Teilen der Erde finden derzeit intensive Diskussionen über eine Energiewende statt. Bemerkenswert ist, dass seit acht Jahren die Gesamtinvestitionen in erneuerbare Energien besonders in Entwicklungsländern stetig steigen", sagte Bundesumweltminister Peter Altmaier.
Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel sagte: "Die hohen Investitionszahlen bei gleichzeitig sinkenden Preisen der erneuerbaren Energien steigern die ökonomische Flexibilität und damit die Entwicklungschancen der Entwicklungs- und Schwellenländer. Deutschland hat diesen Trend durch seine Schwerpunktsetzung in der Entwicklungszusammenarbeit seit vielen Jahren engagiert gefördert."
Insgesamt lagen die Investitionen im Jahr 2012 mit 244 Milliarden US-Dollar auf dem zweithöchsten jemals erreichten Stand. Im Vergleich zum Vorjahr waren hier durch den Preisverfall in der Photovoltaiktechnologie sowie geschwächte Märkte in den USA und in Europa Rückgänge zu verzeichnen.
Auch die Zahl der Länder mit Zielvorgaben und gezielten Förderpolitiken für den Ausbau der erneuerbaren Energien hat sich erneut erhöht, auf mittlerweile 138. Zwei Drittel davon sind Entwicklungsländer.
Der "Globale Statusbericht zu erneuerbaren Energien" wird jährlich vom Politiknetzwerk REN21 (Renewable Energy Policy Network for the 21st Century), einem globalen Politiknetzwerk, das 2005 im Anschluss an die Bonner "renewables2004-Konferenz ins Leben gerufen wurde, veröffentlicht. Neben Regierungen, Internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen sind Vertreter aus Wirtschaft, Finanzsektor sowie der Zivilgesellschaft aus dem Energie-, Umwelt- und Entwicklungsbereich vertreten. Bundesentwicklungs- und Bundesumweltministerium unterstützen REN21 finanziell. Der Globale Statusbericht ist die maßgebliche Bestandsaufnahme des weltweiten Ausbaus erneuerbarer Energien.
Das Collaborating Centre for Climate Sustainable Energy Finance des UN Umweltprogramms (UNEP) und der "Frankfurt School of Finance and Management", das vom Bundesumweltministerium gefördert wird, erarbeitet jährlich zusammen mit dem Marktforschungsunternehmen "Bloomberg New Energy Finance" den Bericht zu globalen Investitionsentwicklungen in erneuerbare Energien.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Stresemannstraße 128-130
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 0 1888 305-0
Telefax: 0 1888305-2016
Mail: presse@bmu.bund.de
URL: <http://www.bmu.de>


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

10117 Berlin

bmu.de
presse@bmu.bund.de

Das Ministerium, dessen erster Dienstsitz auf Beschluss des Deutschen Bundestages Bonn ist, beschäftigt dort sowie an seinem zweiten Dienstsitz Berlin in sechs Abteilungen rund 814 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören außerdem drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.151 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.